



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

111. Sitzung (öffentlich)

21. April 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:38 Uhr bis 20:06 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 23 wegen der mittlerweile erfolgten Konstituierung des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie nicht zu behandeln.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, TOP 1, TOP 2, TOP 15, TOP 18, TOP 19, TOP 20 und TOP 21 in Verbindung miteinander zu beraten.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (s. Anlagen 1 und 2) | 10 |
| | <u>In Verbindung mit:</u> | |
| 2 | Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen | |

In Verbindung mit:

- 15 Modellprojekte in Kommunen für Öffnungen trotz Corona** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4999

In Verbindung mit:

- 18 Corona-Krise: Situation Saisonbeschäftigter in der Landwirtschaft** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5001

In Verbindung mit:

- 19 Vorzeitige Impfung des Duisburger Hafenchefs** *(Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5002

In Verbindung mit:

- 20 Was ist ein „Brücken-Lockdown“? Oder: Warum handelt diese Landesregierung nicht?** *(Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5011

In Verbindung mit:

- 21 Corona – Impf- und Teststrategie; Kontaktnachverfolgung** *(Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5003

- mündliche Berichte der Landesregierung
- Wortbeiträge

3	Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sichern – Gesundheitliche Versorgung menschenrechtskonform gestalten	46
----------	---	-----------

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6581
Drucksache 17/12801

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10909

Ausschussprotokoll 17/837 (Anhörung vom 04.12.2019)

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Abstimmung zu vertagen.

4 Psychisch kranke Menschen unterstützen und niemanden zurücklassen – Das Leid der anderen erkennen, Beschützer für jene sein, die einen Beschützer brauchen, und den Weg jenen zeigen, die ihren Weg verloren haben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12745

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5	Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege schaffen – Jahrzehntelange Misswirtschaft stoppen	50
----------	---	-----------

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12748

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) 51

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12073

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12305

Ausschussprotokoll 17/1300 (Anhörung vom 05.02.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

7 Schulsozialarbeit in NRW neu strukturieren und Finanzierung dauerhaft sicherstellen! 54

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10640

Ausschussprotokoll 17/1330 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 10.03.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 8 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Zusammenarbeit im Rahmen des Bundesprojektes „Zukunftszentren (KI) – Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen und Beschäftigten bei der modellhaften und partizipativen Erprobung von neuen Technologien, wie Künstliche Intelligenz, für die betriebliche Praxis“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen 55**

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/13192
Vorlage 17/4909

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

- 9 Krankenhauslandschaft Nordrhein-Westfalen – Fortschreibung des Krankenhausplans um neue G-BA-Zentrums-Regelungen 57**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4919

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss ist angehört worden.

- 10 Die Gesundheit unserer Kinder hat Vorrang vor Gewinnmaximierung! – Das jetzige Modell der Fallpauschalen in der Kinder- und Jugendmedizin gehört abgeschafft! 58**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10641

Ausschussprotokoll 17/1317 (Anhörung vom 25.02.2021)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

- 11 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 60**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033
- Ausschussprotokoll 17/1299 (Anhörung vom 05.02.2021)
- Auswertung der Anhörung
- Wortbeiträge
- 12 Wohnungslosigkeit in NRW: Partizipationsmöglichkeiten der Menschen verbessern! 62**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13069
- Verfahrensabsprache
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, ein Gespräch mit sachverständigen Gästen durchzuführen und weitere Details in der Obleute-
runde zu klären.
- 13 Suizidprävention – In Zeiten des „Social Distancing“ müssen distanz-
überwindende Hilfsangebote geschaffen werden. 63**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13072
- Verfahrensabsprache
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, in der nächsten Sitzung ab-
schließend zu beraten und abzustimmen.
- 14 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich
gegen die geplante automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm
der EU einsetzen! 64**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746
- Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss geplanten Anhörung zu beteiligen.

16 Stand der Versorgungsstrukturen für Seltene Erkrankungen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **65**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5012

– Wortbeiträge

17 Situation der Patientinnen und Patienten mit Myalgischer Enzephalomyelitis / Chronischem Müdigkeitssyndrom in NRW (*s. Anlage 9*) **67**

Vorlage 17/3920

– Beschlussfassung über die Durchführung einer Anhörung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

22 Klagewelle aus der Fleischindustrie (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **68**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

23 Entwicklung von Leitlinien während der Covid-19-Pandemie **69**

– Verfahrensabsprache

– wird nicht behandelt

24 Verschiedenes **70**

Der Ausschuss beschließt die in Anlage 11 enthaltenen Sitzungstermine für das Jahr 2023.

Der Ausschuss kommt überein, den Sitzungsbeginn für seine reguläre Sitzung am 12.05.2021 auf 15:30 Uhr vorzuziehen.

11 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Ausschussprotokoll 17/1299 (Anhörung vom 05.02.2021)

– Auswertung der Anhörung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation am 16.12.2020)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) verweist auf den Änderungsantrag Drucksache 17/13430 seiner Fraktion hin. In diesem gehe es unter anderem um die Klimapolitik, etwa die Solarpflicht für Parkplätze, und die Abstandsflächen in Bezug auf die heute im Kabinett diskutierte Windenergie. In der heutigen Sitzung konzentriere er sich auf den für den AGS wesentlichen Aspekt, das barrierefreie Bauen.

Sowohl aus den Aussagen der Sachverständigen in der Anhörung als auch aus dem neuen Sozialbericht gehe hervor, dass Menschen mit Behinderung bei der Suche nach adäquatem Wohnraum in besonderer Weise auf Schwierigkeiten stießen. Dieses Problem habe sich in den vergangenen Jahren verstärkt.

Seine Fraktion schließe sich in der Anhörung geäußerten Meinungen – insbesondere etwa jener des Deutschen Mieterbundes – an und lehne den Gesetzentwurf ab. Selbst mehrere Verbände hielten die Novelle für verfehlt. Zudem handele es sich um die zweite Verschlechterung in dieser Legislaturperiode. Die erste Landesbauordnung mit entsprechenden Standards sei nicht in Kraft getreten; nun stelle sich heraus, dass sich der Versuch, mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderung zu schaffen, als untauglich erweise – ein gewisses Armutszeugnis für die Landesregierung. Diese sollte aus ihren Erkenntnissen die notwendigen Schlüsse ziehen und mehr bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit Behinderungen schaffen. Dem werde der Gesetzentwurf nicht gerecht.

Angesichts der in Bezug auf die Barrierefreiheit geäußerten Kritik des Mieterbundes und des SoVD im Rahmen der Anhörung sowie von Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) heute verweist **Marco Schmitz (CDU)** auf die Anforderungen nach DIN-Norm 18040-2. Zusammen mit der im September 2020 erfolgten Aktualisierung gälten mit dem Gesetz relativ deutliche Regelungen für Bauwerke.

Die kommunalen Spitzenverbände sähen in dem Gesetzentwurf einen guten Kompromiss für einerseits preiswerten und andererseits barrierefreien Wohnraum. Diese Auffassung vertrete auch seine Fraktion.

Der Gesetzentwurf stelle einen Rückschritt für das Teilhabeland Nordrhein-Westfalen dar, meint **Josef Neumann (SPD)**. Menschen mit Behinderung benötigten nicht Kompromisse, sondern klare Regelungen. Solche enthalte der Gesetzentwurf nicht, weshalb er vielleicht aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände einen Kompromiss darstelle, aus Sicht der die Betroffenen vertretenden Behindertenorganisationen allerdings nicht.

Um die Argumente in Bezug auf Kosten, angeblich nicht vorhandene Bedarfen und Sonstiges wisse man schon lange Zeit. In den Ballungszentren reiche das Wohnraumangebot für Menschen mit Behinderung nicht. Diese Landesbauordnung stelle auch angesichts der demografischen Entwicklung keine nachhaltige Lösung dar.

Dazu, dass der Gesetzentwurf keine ausreichenden Regelungen treffe und klarere und deutlichere Regelungen enthalten müsse, hätten sich nicht nur SoVD, sondern auch viele Interessenverbände geäußert.

Sie habe wohl andere Dokumente als Josef Neumann (SPD) gelesen, sagt **Martina Hannen (FDP)**. Der Gesetzwurf treffe klarere, deutlichere und bessere Regeln als jede bisherige Landesbauordnung; er stelle eine Fortentwicklung des 2018 begonnenen Paradigmenwechsels dar.

Den Stellungnahmen und dem Protokoll zur Anhörung könne entnommen werden, dass die Sachverständigen genau diese Auffassung vertäten, nämlich dass es damit endlich konkrete Regelungen geben und man der Teilhabe für Familien, Menschen mit Behinderungen und auf bezahlbaren Wohnraum angewiesene Menschen gerecht werden werde.

Josef Neumann (SPD) verweist auf die klare und deutliche Stellungnahme der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten. Es gehe hier nicht um seine persönliche Meinung, sondern darum, ob die Interessen der betroffenen Menschen mit diesem Gesetzentwurf berücksichtigt würden, weil damit nämlich ein Grundstein für die künftige Bautätigkeit im Land gelegt werde.

Die in der Landesbauordnung für das barrierefreie Wohnen vorgesehene Regelung beziehe sich nur auf einen Teil der Gebäudeklassen und auf den schlechteren Standard, weshalb seine Fraktion darauf in ihrem Änderungsantrag eingehe, führt **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** aus. Leute, die mit Wohnraum Geld verdienen, wollten diesen Standard offenkundig nicht einhalten. Dies halte er angesichts des demografischen Wandels für falsch. Wolle man, wie auch Josef Neumann (SPD) fordere, dass allen Menschen im Teilhabeland Nordrhein-Westfalen an möglichst vielen Stellen im Land Teilhabe gewährt werde, müsse eine andere Qualität gewährleistet werden.